

Freerk Huisken

Der demokratische Schoß ist fruchtbar...



Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus

Freerk Huisken
Der demokratische Schoß ist fruchtbar...

Freerk Huiskens, Professor im Ruhestand an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Ausbildungssektors. Zuletzt erschien 2007 von ihm bei VSA: »Über die Unregierbarkeit des Schulvolks. Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw.« Er ist darüber hinaus Autor des Standardwerks »Erziehung im Kapitalismus«.

Freerk Huisken

Der demokratische Schoß ist fruchtbar...

Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.fhuisken.de

© VSA: Verlag Hamburg GmbH 2012, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-484-4

Inhalt

Vorwort	9
Ein Test	13
Kapitel 1: Warum Demokraten (Neo-)Faschisten nicht kritisieren, sondern nur verbieten können	18
1. Bürgerlich-demokratischer Antifaschismus	19
2. Linker Antifaschismus	31
3. Die geläuterten Aussteiger	37
Kapitel 2: Vom demokratisch angeleiteten »Glücksschmied« zum enttäuschten Nationalisten	41
1. Kritik des Privatmaterialismus im Namen des Gemeinwesens	41
2. Affirmation des Privatmaterialismus im Namen des Bürgerinteresses	43
3. Staatliche Erlaubnis zur Kritik im Namen des nicht aufgegebenen Privatmaterialismus	55
4. Vom enttäuschten Privatmaterialismus demokratischer Patrioten zu dem von der nationalen Führung enttäuschten Nationalisten	58
Fazit	62
Kapitel 3: Der Antikapitalismus der Faschisten	66
1. Das faschistische Ideal: Ein Kapitalismus ohne ökonomische Gegensätze	66
2. Neofaschistische Agitation irritiert die linke Antifa	69
Fazit	80
Kapitel 4: Demokratische und faschistische Politik – Differenz und Identität	83
1. Staat und Kapital	83
2. Imperialismus und Bündnispolitik	85
3. Ausländerpolitik	88
4. Zwischenfazit	91
5. Demokraten beugen vor: Notstandsgesetze	93

Kapitel 5: Warum die NPD in Wahlen ihre Ziele verfehlt und die Demokraten sie (dennoch) verbieten wollen	96
1. Warum die NPD in Wahlen ihre Ziele verfehlt	96
2. Warum Demokraten aus der politischen Konkurrenz zur NPD eine Feindschaft machen	100
Kapitel 6: Faschismus heute	108
1. Der bemühte neue Realismus der NPD	108
2. Der Antisemitismus der NPD	113
3. »Hitlers Fehler«	115
4. »Brauner Terror«: Enttäuschte Nationalisten auch noch von der NPD enttäuscht	117
Kapitel 7: Der Fehler der linken Antifaschisten	124
1. Parteinahme für die demokratische gegen die faschistische Variante bürgerlicher Herrschaft.....	124
2. Antifa in der Sinnkrise	128
3. Die Erfindung einer »wahren Demokratie«	133
4. Die Sache mit dem kleineren Übel	138
Fazit	142
Kapitel 8: Nationalismus – Produktivkraft auch in der Demokratie	144
1. Nationalismus versus Patriotismus	144
2. Nationalismus: Die abstrakte Parteilichkeit für die Nation	149
3. Der Patriot hat keine guten Gründe, er sucht sie sich für seine Parteilichkeit	155
4. Der unbedingte Wille zum Zurechtkommen macht Patrioten	159
5. Weltbürger, Kosmopolit, Europäer	160
6. Was hat der Patriot vom Patriotismus?	162
7. Der Nationalismus des Faschismus	165
Gespräch mit einem Schüler: »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. Warum auch nicht?«	167

Kapitel 9: Der demokratische Alltagsrassismus	173
1. Nationalismus ist ohne Rassismus nicht zu haben	173
2. Fehler der Erklärung von Rassismus	176
3. Der völkische Rassismus: Innen und außen	177
4. Der Rassismus des Klassegegensatzes: Arm und reich	181
5. Der Rassismus der Rechtsmoral: Gut und böse	184
6. Der Rassismus der Nationalsozialisten	187
7. Falscher Antirassismus von Gutmenschen	190

Kapitel 10: Wie man nationalistische und (neo-)faschistische Urteile und Parolen kritisieren sollte und wie besser nicht	192
1. »Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg.« ...	192
2. »In Deutschland leben zu viele Ausländer«	197
3. »Ausländer belasten den Sozialstaat«	201
4. »Ausländer sind krimineller als Deutsche«	204
5. »Der Drogenhandel ist fest in ausländischer Hand«	207
6. »Wir leben in einer Scheindemokratie. Die Macht ist in den Händen von unfähigen und korrupten Politikern«	209
7. »Die multikulturelle Gesellschaft ist der Untergang unseres Volkes im eigenen Land«	212
8. »Den Holocaust hat es nie gegeben ...«	215

Anhang	220
1. Attac und NPD – eine Satire!	220
2. Ein starkes Volk verdient zu leben ... – eine Satire?	224
3. Thesen des NHB zum NPD-Verbot – keine Satire!	226
4. Erlaubte Eingriffe nach den Notstandsgesetzen – erst recht keine Satire!	229

Vorwort

*»... So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Dass keiner uns zu früh da triumphiert –
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.«¹*

So heißt es bei B. Brecht im Epilog seines »Arturo Ui«, alias A. Hitler. Sieht man einmal davon ab, dass es wohl kaum »die Völker« waren, die »seiner Herr« wurden, sondern dass dies jener Anti-Hitler-Koalition unter Führung der USA und der SU in einem Zweiten Weltkrieg gelang, in dem die Völker das Kanonenfutter abgaben; sieht man überdies davon ab, dass das deutsche Volk nebst Teilen von Völkern europäischer Nachbarstaaten – und das betrifft nicht nur Österreich – dem Weltherrschaftsansinnen der NSDAP durchaus sympathisierend gegenüberstand, also keineswegs ihrer »Herr« werden wollte, dann bleibt immer noch die Sache mit dem Schoß, der »fruchtbar noch« ist. Wie mag der Schoß weiterhin fruchtbar sein, wenn sich doch – laut Brecht – »die (!) Völker« dieses Regimes entledigt haben! Wer, wenn nicht Völker, bringen es denn an die Macht! Wer, wenn nicht Völker bzw. Volksteile, sind es, ohne deren Zustimmung sich auch eine Gewaltherrschaft auf Dauer nicht halten kann!

Der »Schoß« hat nach dem Zweiten Weltkrieg die Form eines demokratischen Gemeinwesens angenommen, das seinem Selbstverständnis zufolge nicht nur für faschistisches Gedankengut als vollständig »unfruchtbar« galt, sondern sich überdies in Deutschland als Bollwerk gegen Faschismus – was in der BRD unter der Kampfansage »Antitotalitarismus«² ein absolutes Verdikt über den Sozialismus bzw. Kommunismus einschloss – verstand. Die Erfahrung von ca. sechzig Jahren demokratischer Politik hat gezeigt, dass dieses Selbstverständnis keinen Bestand hat. Mit dem Aussterben der »un-

¹ B. Brecht, Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, Gesammelte Werke 4, Stücke 4, S. 1834, Frankfurt a.M. 1973. Das Stück wurde 1941 geschrieben, 1957 erstmals veröffentlicht und 1958 in Stuttgart uraufgeführt.

² Vgl. R. Gutte/F. Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht, Berlin 1999, Neuauflage Hamburg 2007, S. 296ff.

verbesserlichen« Alt-Nazis ist der Faschismus³ in Deutschland keineswegs ausgestorben. Die Gründung (neo-)faschistischer Parteien und Kameradschaften, das Entstehen von faschistischen Skinhead-Bewegungen und der Umstand, dass sich deren relative Erfolglosigkeit im Kampf um Sitz und Stimme in Parlamenten gar nicht einer Ablehnung ihrer Parolen verdankt, diese vielmehr »in der Mitte der Gesellschaft« und dort nicht nur an Stamm-tischen durchgesetzt sind,⁴ lässt nur einen Schluss zu: Die demokratische Form der Verwaltung einer kapitalistisch verfassten und weltweit erfolgreichen Ökonomie bringt regelmäßig (neue) Faschismen hervor.⁵ Ein Blick über die Landesgrenzen bestätigt dieses Urteil: Im Westen und Osten, im Norden und Süden der demokratischen EU finden sich Gruppen und Parteien, die rechtsextrem bis explizit faschistisch argumentieren. Weder Politik noch Öffentlichkeit machen daraus ein Geheimnis. Deswegen hat B. Brecht auch mit seinem »noch« nicht recht und deswegen fehlt das »noch« im Obertitel meines Buches: Der demokratische Schoß *ist und bleibt* »fruchtbar«. Punkt! Er trocknet weder einfach so mit der Zeit noch mit der Durchsetzung demokratischer Prinzipien aus. Und umgekehrt ist die Etablierung einer rechts-extremen bis faschistischen Szene nicht etwa ein untrügliches Zeichen dafür, dass die hiesige Demokratie keine »wahre Demokratie« wäre, wie dies die linke Antifa gebetsmühlenartig wiederholt.⁶ Eine andere als die existierende ist nun einmal nicht im Angebot und wahrer geht sie auch gar nicht. Es hilft alles nichts: Wer begreifen will, was es mit dem Faschismus auf sich hat, wer mehr als eine im Namen demokratischer Werte leicht zu habende pur moralische, also begriffslose Verurteilung des (Neo-)Faschismus leisten möchte, der muss sich die Frage vorlegen, ob sein gelerntes und zur politischen Gewohnheit verfestigtes positives Urteil über die Demokratie ei-

³ Wer sich daran stört, dass hier durchgehend von Faschismus und Neo-Faschismus die Rede ist, wer also den deutschen Nationalsozialismus als »singuläres Verbrechen« von anderen Varianten faschistischer Politik abgrenzen will, der sei zum einen darauf aufmerksam gemacht, dass dies an eine Verharmlosung jeder faschistischen Politik grenzt; und dem sei zum anderen mitgeteilt, dass selbst das Insistieren auf Besonderheiten eines deutschen Faschismus das Urteil über Gemeinsamkeiten teilt, die jeder Spielart von Faschismus inne wohnen und die den Begriff des Faschismus ausmachen. Vgl. dazu K. Hecker, *Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung*, München 1996, S. 296.

⁴ Vgl. dazu Kapitel 10.

⁵ Vielleicht hilft hier der Hinweis darauf, dass dem deutschen NS-Faschismus die Weimarer Demokratie nicht etwa nur *voraus* gegangen ist, sondern jener *in* dieser entstanden ist, und zwar als Kritik an den sich als untauglich erweisenden politischen Bemühungen der demokratischen Parteien, Deutschlands Weltgeltung nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg zu restaurieren.

⁶ Vgl. dazu Kapitel 7.

gentlich die Sache dieses Gemeinwesens trifft. Eins steht jedenfalls fest: Es spricht nicht *für* die demokratische Herrschaftsform, wenn im Namen ihrer Werte erzogene, in ihren Verkehrsformen sozialisierte und auf den Parlamentarismus eingeschworene Bürger mit unschöner Regelmäßigkeit aus ihren Erfahrungen politische Schlüsse ziehen, die der rechtsextremen bzw. faschistischen Gedankenwelt angehören.

Damit ist das »Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus« angesprochen. Es eint den bürgerlichen und den linken Antifaschismus – so sehr sich beide auch sonst unterscheiden mögen⁷ –, dass sie in ihrer Kritik am neuen Faschismus explizit oder implizit an der herrschenden oder idealisierten Demokratie affirmativ *Maß* nehmen, d.h. über Formen der Negativabgrenzung mit allen Varianten von »un-« und »nicht...« kaum hinauskommen. Das trifft auch jene linke Variante antifaschistischer Demokratie-Kritik, die an dieser Form bürgerlicher Herrschaft nur das eine auszusetzen hat: dass sie den »Sumpf« für neofaschistisches Gedankengut darstelle. Es lebt dieser Befund von der Zerlegung der Demokratie in einen wahren, guten, dem Wohl des Volks zugetanen Kern dieser Staatsform und einer in ihrem Namen ausgeübten, aber verfehlten Politik, die es den Neonazis immer wieder erlaube, sich öffentlich als politische Alternative darzustellen. So gesehen passt der »Sumpf«, der *in* der Demokratie ausfindig gemacht wird – vom Himmel fallen die Neonazis nicht, wie linke Antifas wohl wissen –, dieser Auffassung zu Folge so gar nicht recht *zur* Demokratie. Es erweist sich, dass jene Kritik an der Demokratie, die sich darauf beschränkt, ihr die *Ermöglichung* von Faschismus vorzuwerfen, nicht nur das Wesen demokratischer Politik um Meilen verfehlt. Zudem leistet sie gerade nicht, was sie zu leisten vorgibt. Die Demokratieschelte gilt gar nicht der demokratischen Herrschaftsform und ihrem politischen Gehalt, sondern allein den *Politikern* in demokratischen Ämtern, denen Amtsmissbrauch oder -verfehlung, mithin gerade die Abweichung von all dem vorgeworfen wird, was sie als regierende und verwaltende Demokraten zu leisten hätten – wenigstens nach Meinung dieser der Demokratie freundlich gesonnenen Kritiker.

Ebenfalls unter das »Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus« fällt jene Abteilung linker Antifaschisten, die als Kritiker demokratischer Politik ihren Frieden mit ihr machen, indem sie beide politischen Systeme einem (Pseudo-)Vergleich unterziehen und in der Demokratie das »kleinere Übel« entdecken.⁸ Der geradezu luxuriös anmutende Standpunkt gibt vor, man könnte zwischen politischen Systemen, die sich beide immerhin mit ziem-

⁷ Vgl. dazu Kapitel 1.

⁸ Vgl. dazu Kapitel 7.

lich viel Gewalt etablieren, als zwischen zwei »Übeln« wählen, wie man zwischen blauen und grünen Pullovern wählen kann. Er trägt nichts als ein kritisches Bekenntnis mit sich herum, dem man die abgeklärte Demokratiekritik entnehmen soll. Der Haken dieser Logik ist offensichtlich: Wenn das »größere Übel«, der Faschismus, aus dem »Schoß« des »kleineren Übels« kriecht, dann hebt sich nicht nur diese Sorte Vergleicherei auf, sondern dann hat man der Frage nachzugehen, wie Demokratie aus sich heraus regelmäßig die ihr wenig wohlgesonnene faschistische Konkurrenz hervorbringt. Es wird sich dabei und vergleichsweise nebenbei erweisen, dass an der Demokratie ein wenig mehr auszusetzen ist, als dass sie nur und noch ein »fruchtbarer Schoß« ist.

Das belegen geradezu jene Aufklärer, die mit Handreichungen gegen faschistische bzw. nationalistische Stammtischparolen aufwarten.⁹ Denen ist kaum mehr zu entnehmen, als dass sie auf eine Parteinahme für das demokratische Deutschland hinauslaufen, in welcher die Maßstäbe der aufs Korn genommenen faschistischen bzw. nationalistischen Parolen nicht angegriffen, sondern – unfreiwillig – bestätigt werden.

Eine gesonderte Befassung mit dem Nationalismus täte gerade auch denen gut, die im Selbstbewusstsein auftreten, Kritiker von Nationalismus und natürlich auch von Rassismus zu sein. Dies belegt aufs Brutalste die Debatte, die nach der Aufdeckung der Mordserie des NSU an Migrant*innen die Öffentlichkeit beherrscht.¹⁰ Erneut zeigen die Antifaschisten in den herrschenden Parteien und in Teilen der linken Antifa, dass ihnen außer einer Neuauflage der juristischen Kriminalisierung der NPD und verstärkt auch ihres Umfeldes nicht viel einfällt. Sie belegen damit die zentrale These dieses Buches: Demokraten aller Couleur können (Neo-)Faschisten nicht kritisieren, sondern nur verbieten.

⁹ Vgl. dazu Kapitel 10.

¹⁰ Vgl. dazu Kapitel 6.4.

Ein Test

Auf (neo-)faschistische Parolen fällt der aufgeklärte, kritische, gebildete und in Sachen *political correctness* geschulte Demokrat nicht herein. Der Deutsche schon gleich gar nicht. Dagegen weiß er sich gefeit – im Unterschied zu Stammtischbrüdern, denen er jede Faschisterei zutraut. Die neuen Faschisten hält er für die Neuauflage der Hitlerei mit Antisemitismus, Rassismus, Chauvinismus, Abschaffung aller demokratischen Freiheiten und Kriegstreiberei. Um zu wissen, wie Faschisten denken, muss er weder die NPD-Programme studieren noch Hitlers »Mein Kampf«. All das ist Schmutz-Lektüre, mit der man sich nicht befasst. Umgekehrt ist er sich sicher, dass er das »verbrecherische« politische Gedankengut zweifelsfrei von demokratischer Programmatik unterscheiden kann. Eines hat er gelernt: Es gibt keinen größeren Gegensatz als den zwischen der menschenverachtenden und menschenvernichtenden Politik der Faschisten und jener von Demokraten, die immerhin die Würde des Menschen und die Freiheit der Person zu obersten Verfassungsgrundsätzen erklärt haben.

So ungefähr ist auch das politische Selbstbewusstsein der Mehrheit deutscher Studierender gestrickt, denen ich in Lehrveranstaltungen zum Thema »Faschismus« regelmäßig den nachfolgenden Fragebogen vorgelegt habe. Obwohl den Leser dieses Buches selbstredend ein völlig anderes politisches Bewusstsein auszeichnet – immerhin hat er das Buch erworben –, möge er sich doch einmal demselben Test auf politisches Unterscheidungsvermögen unterziehen:

»Die nachfolgenden programmatischen Äußerungen sollen einer der genannten Parteien und zwar jedes Zitat möglichst nur einer Partei zugeordnet werden: CDU/CSU, FDP, SPD, GRÜNE, DIE LINKE, NPD, NSDAP (bzw. A. Hitler).

- 1. Die kleinste Gemeinschaft innerhalb des Volkes ist die Familie. Ihr gehört daher die besondere Zuwendung und Pflege des Staates. Die Familie ist vor allen anderen Lebensgemeinschaften zu fördern.*
- 2. Der Zustand einer Gesellschaft lässt sich gerade an ihrem Umgang mit den Menschen der älteren Generation ablesen. In weiten Teilen der BRD-Konsumgesellschaft ist die Mentalität gängig, Senioren leichterdingens ins*

Pflegeheim abzuschieben Die (XY-Partei) setzt auf die Familie als Solidargemeinschaft und will daher mit allen Mitteln aus der Pflegeversicherung die Pflege zu Hause fördern. Familien, welche ältere Angehörige im häuslichen und damit menschlicheren Rahmen pflegen, müssen vom Staat gefördert werden.

- 3. Die PISA-Studie hat die Krise des BRD-Bildungssystems eindrucksvoll belegt. Die (regierenden) Parteien haben ein vorbildliches Bildungssystem aus ideologischen Gründen in eine mittelmäßige Verwahranstalt für Jugendliche verwandelt. Weite Teile der Jugendlichen in unserem Land drohen zu nützlichen Konsumidioten der Großkonzerne und Medien zu verkommen.*
- 4. Die (XY-Partei) tritt einem Rückzug des Staates aus dem Bildungswesen entschieden entgegen, ebenso jedem Versuch, den Zugang zu höherer Bildung von finanziellen Voraussetzungen abhängig zu machen. Wir lehnen die Einführung von jeder Art von Schul- und/oder Studiengebühren grundsätzlich ab.*
- 5. Der Mensch ist Teil der Natur. Deswegen ist Natur nicht einfach nur ›Umwelt‹ des Menschen ... Der Schutz der Natur kann daher nicht einseitig auf ökonomischen Überlegungen beruhen. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist wichtiger als alle Rentabilität von Betrieben.*
- 6. Alle gentechnisch veränderten Waren müssen in Deutschland der Kennzeichnungspflicht unterliegen. Für die Erforschung und Weiterentwicklung alternativer Energien sind Mittel aus dem Atomforschungsprogramm bereitzustellen.*
- 7. Die ... Parteien behaupten, die fehlenden deutschen Kinder könnten durch Millionen zusätzlich ins Land geholter ›Einwanderer‹ ersetzt werden. Dies ist ein weiterer Versuch, den breiten Widerstand gegen die multikulturellen Wahnideen ... zu brechen.*
- 8. Wir brauchen ... eine Wirtschaftsordnung, die die Sicherung der sozialen Rechte unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen wieder eine echte Volkswirtschaft, dann gibt es auch Arbeit für alle Deutschen.*
- 9. Für viele Arbeitnehmer gehen schon seit Mitte der 90er Jahre die Löhne immer weiter in den Keller. Die Anzahl der Niedriglohnempfänger steigt. Trotzdem wächst die Arbeitslosigkeit. Geringqualifizierte bleiben auf der Strecke. Aber auch höher Qualifizierte werden zunehmend in den Niedriglohnbereich gedrückt.*

10. *Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muss es sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muss im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.*
11. *Es ist ... nicht ein Spiel des Zufalls, dass der eine Mensch mehr leistet als der andere. In dieser Tatsache wurzelt der Begriff des Privateigentums, der langsam in den allgemeinen Rechtsbegriff übergegangen ... und zu einem komplizierten Vorgang des wirtschaftlichen Lebens geworden ist.*
12. *Die Bundeswehr wird ... als militärischer Arm zur Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Ziele, wie Globalisierung und Überfremdung, missbraucht. Überall in der Welt sollen Völker, die sich gegen den Führungsanspruch der USA auflehnen und die durch wirtschaftliche Maßnahmen nicht zu disziplinieren sind, auf den erwünschten Kurs gezwungen werden.*
13. *Der Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Daher bejaht die (XY-Partei) den soldatischen Dienst in der Bundeswehr. Frauen können freiwillig am Wehrdienst teilnehmen ...*
14. *Jeder souveräne Staat muss die Fähigkeit und das Recht besitzen, seinen eigenen Bestand und die Lebensinteressen seines Volkes zu verteidigen.*
15. *Der Staat hat ... über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen. Und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen. Er ist Wahrer des Ganzen. Die Austauschbarkeit der Regierungen durch demokratische Entscheidungen, die Kontrolle der Machtinhaber durch das Volk und die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Entscheidungen sind die Grundlage einer jeden gesetzlichen Ordnung. ... Der Einfluss des Volkes muss durch Volksentscheide und direkte Wahlen gestärkt werden.«¹*

Die Studierenden, die sich jeweils eifrig an die Arbeit gemacht und auch wirklich alle Parteien untergebracht haben, waren schon recht verblüfft, wenn ich sie darüber aufklärte, dass *alle* Zitate aus programmatischen Schriften

¹ Einige Zitate werden im Folgenden explizit angesprochen. Alle anderen sollten sich sowohl hinsichtlich ihres faschistischen Gehalts als auch hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit demokratischen Parteileitsätzen nach der Lektüre aufgelöst haben. Auf eine explizite Besprechung *aller* Zitate verzichte ich deswegen.

der NPD oder der NSDAP bzw. aus Hitlers »Mein Kampf« stammten. Sie fühlten sich regelmäßig von mir hereingelegt und warfen mir die Benutzung unlauterer Verfahren vor – es mag einigen Lesern gerade eben ähnlich gegangen sein. Sie schimpften mich: Ich hätte die Sätze manipuliert, umformuliert und aus ihrem Zusammenhang gerissen. Letzteres ist zwar nicht zu bestreiten, macht es nun einmal ein Zitat aus, dass es nur einen Ausschnitt aus einem längeren Text wiedergibt, doch habe ich mich bemüht, diesen jeweils authentisch auszuwählen. Umformulierungen oder andere Formen von Manipulation liegen nicht vor. Die Verblüffung der Studierenden löst sich anders auf: Von wenigen Ausnahmen abgesehen waren sie nicht in der Lage, in den Textpassagen das faschistische Gedankengut zu erkennen. Dabei kann und soll die inhaltliche Nähe zu entsprechenden programmatischen Aussagen der demokratischen Parteien, die sie zu der falschen Zuordnung verleitet hat, gar nicht geleugnet werden. Sogar Wortgleiches findet sich in programmatischen Äußerungen faschistischer und demokratischer Parteien.

Doch genau darin liegt das intendierte Ergebnis dieser Übung: Die Studierenden waren durchweg darüber verwundert, dass ihre eigene Vorstellung von faschistischer Denke brutal in Zweifel gezogen wurde. Anders gesagt, erschüttert wurde – und ich verhehle nicht, dass es mir genau darauf ankam – eine falsche politische Sicherheit: Von faschistischen Parolen hatten sie den knallharten *Einspruch* gegen ihre Vorstellung von rein demokratischen Grundsätzen erwartet² und mussten nun das Gegenteil zur Kenntnis nehmen, nämlich eine so weitreichende inhaltliche *Deckungsgleichheit* zwischen demokratischer und neofaschistischer Programmatik, dass die meisten Zitate in der Tat nur schwer oder überhaupt nicht zweifelsfrei zuzuordnen sind. Bei der Zuordnung der Parteien zu den Zitaten haben also die Studierenden – so gesehen – doch gar nicht viel falsch gemacht. Ihr Fehler fasst sich vielmehr in dem ungläubigen Staunen über die Auflösung bzw. in der Empörung über den sofort geäußerten Manipulationsverdacht zusammen.³ Ihm liegen Fehlurteile über das System demokratischer Politik ebenso zugrunde wie eine falsche Reduktion des Faschismus auf Holocaust, auf Euthanasie oder auf die brutale Ausschaltung jeder abweichenden politischen Strömung.

² So wurde nur Zitat 10 fast durchweg der NPD zugeordnet.

³ Die wenigen Studierenden, die richtig lagen, lagen zumeist auch falsch. Sie waren mit der Politik der demokratischen Parteien vorschnell fix und fertig und erklärten ihre Zuordnung mit dem Hinweis, dass doch alles »dieselbe Wichse« sei, die bürgerlichen Parteien »kryptofaschistisch« wären und die demokratischen Prinzipien mit Füßen treten würden. Es wird sich herausstellen, dass auch diese linke Form von »Aufgeklärtheit« die Sache nicht trifft.

Das bedeutet aber zugleich, dass sich damit die *antifaschistische* Gesinnung – und es gab kaum einen unter den Studenten, der diese nicht für sich in Anspruch nahm – gründlich blamiert hat. Ihr »anti« traf und trifft nur eine Karikatur des Faschismus, die sich aus nichts anderem als aus einer parteilichen Vorstellung von Demokratie erklärt. Jede Kritik des alten oder neuen Faschismus hat mit dieser Karikatur aufzuräumen und sich dabei jeder Parteilichkeit zu enthalten. Was dann noch als Antifaschismus stehen bleibt, wird man sehen.